

Die Kommunistin

Nr. 16

Jahrg 7

Die Frau in der Gewerkschaft.

Es gibt kaum ein Feld der Arbeiterbewegung, auf dem das Versagen der Frau sich so schädigend ausgewirkt hat, wie in der Gewerkschaftsarbeit. Ueber die Rolle der Proletarierin in der proletarischen Bewegung ist schon oft gelaugt worden.

Aber ebenso wichtig ist die Frage, weshalb hat die Arbeiterin bisher in der gesamten Gewerkschaftsbewegung versagt?

Nach den letzten Zählungen haben wir in Deutschland

1,3 Millionen weibliche Mitglieder

in den freien Gewerkschaften, denen

5 Millionen Männer

gegenüberstehen. Das ist sicher noch kein Idealzustand, denn nach den Berufszahlen müßte etwa ein Drittel der Gewerkschaftsmitglieder Frauen sein. Aber immerhin bedeutet diese Zahl einen recht ansehnlichen Prozentsatz weiblicher Gewerkschaftler.

Betrachtet man aber die Rolle, die diese Arbeiterinnen in den Verbänden spielen und die Ergebnisse, die der gewerkschaftliche Wirtschaftskampf für sie selbst zeitigt, so muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß die

Frau in der Gewerkschaft noch sehr inaktiv ist.

Schon in den Mitgliederversammlungen entspricht die Teilnahme der Frauen nicht der zahlenmäßigen Stärke. Je höher man aber in den gewerkschaftlichen Funktionen hinauffliegt, um so seltener wird der weibliche Funktionär, um schließlich ganz zu verschwinden. Eine lächerliche Begründung der Reformisten führt diese Erscheinung auf

„die geringen gewerkschaftlichen Erfahrungen“

der organisierten Arbeiterinnen zurück. Dieser Einwand ist lediglich eine Beschönigung des Versagens der Gewerkschaften in der Frauenfrage. Gerade die Rolle der „Hausfrau“, die die deutsche Proletarierin spielt, gibt nämlich den Gewerkschaften Gelegenheit (wenn sie wirklich ernsthaft Arbeiterinteressen wahrnehmen wollten), den weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern eine wichtige Rolle in der wirtschaftlichen Kampf Bewegung der Verbände zuzuweisen. Ist es doch die Arbeiterfrau, die zuerst im Haushalt die Senkung der Lebenshaltung spürt und sie kann zunächst über die Ausdehnung der kommenden Generation, über die Verelendung und Not, die durch die Wirtschaftskrisen-

sive der Unternehmer heraufbeschworen wird, Auskunft geben.

Und es ist doch wiederum in erster Linie die Frau, die durch die Einreihung in den Produktionsprozeß nicht

die Notwendigkeit der Vereinheitlichung der Lebensführung

und das Herbeiführen des Gemeinschaftslebens in der Form von

Gemeinschaftsküchen, Zentralen Waschanstalten, Kinderhorten usw.

erkennt.

Gerade die gegenwärtige Wirtschaftslage zeigt eine einschneidende Veränderung im Arbeiterhaushalt. Es sind zwar in letzter Zeit bei vielen Arbeitergruppen (zum Teil nach heftigen Kämpfen) Lohnaufbesserungen erreicht worden, aber diese Erhöhungen gleichen lange nicht die gewaltigen Preissteigerungen aus, die in den letzten Monaten fast alle Warenkategorien, besonders Lebensmittel, erlitten haben.

Die gegenwärtige Teuerung stellt nur einen Akt dar, in dem der groß angelegte Versuch des deutschen Ausbeutertums sich zeigt, die Kosten des verlorenen Weltkrieges, die Lasten der Demoralisierung auf die Schultern der Arbeiterklasse abzuwälzen. In diesem Kampfe kennt die Bourgeoisie kein Erbarmen, weder mit der gegenwärtigen, noch mit der kommenden Generation. Sie verschärft sogar die Hungerblockade gegen die Arbeiterklasse noch durch Wucherzölle und Steuern.

Die Stimmen der einundhalb Millionen gewerkschaftlich organisierter Frauen müßten den eingekerkerten Gewerkschaftsbürokraten in den Ohren gehallen, sie müßten die deutschen Arbeiter aufschrecken aus ihrer Ruhe und sie sammeln zum Kampfe zur Rettung ihrer Klasse.

Wie schmächtig die gegenwärtigen Gewerkschaftsleitungen gegenüber der weiblichen Mitgliedschaft versagen, soll noch an einem anderen Beispiel gezeigt werden.

Während in den letzten Jahren der Unterschied zwischen den Löhnen der männlichen und weiblichen Arbeiter verhältnismäßig gering war, hat sich in letzter Zeit diese Spanne wieder erheblich erhöht. Das bedeutet eine schwere Gefahr nicht nur für die Arbeiterinnen, deren Löhne abgebaut wurden, sondern ebenso für die gesamte Arbeiterklasse. Die Vergrößerung der Lohnspanne zwischen Ar-



661

beiter und Arbeiterin ist stets ein Anzeichen schwacher proletarischer Widerstandskraft und damit ein

schweres Versagen der Gewerkschaften.

Vor uns liegt eine Lohnstabelle aus Bayern, nach stützgewerkschaftlichen Tarifverträgen. Danach bekam z. B.

in Hof ein 21jähriger ungelernter Metallarbeiter durchschnittlich 40,4 Pfennig die Stunde;

in Hof eine Arbeiterin in der gleichen Stellung nur 24,5 Pfennig die Stunde.

In München waren dieselben Zahlen

43,1 männlicher Arbeiter.

31,3 weiblicher Arbeiter.

In der Holzindustrie bekam

in Hof ein Arbeiter 53 Pfennige,
eine Arbeiterin 35 Pfennige.

In München ein Arbeiter 59 Pfennige,
eine Arbeiterin 39 Pfennige.

Eine Arbeiterin erhält also nur 60 bis 70 Prozent des Lohnes, den ein Arbeiter in der gleichen Stellung erhält.

Was solche gewaltigen Unterschiede für Folgen haben, kann sich leicht jedermann ausmalen. Solange die Gewerkschaften so wenig Miene machen, diese große Spalten

durch besonders energische Lohnforderungen

der Arbeiterinnen auszugleichen, werden die Unternehmer mit Freuden die Gelegenheit benutzen um überall, wo es möglich ist, die billigste Arbeitskraft einzustellen. Und wenn die Gewerkschaften noch länger versagen, werden die Unternehmer weiter vorstoßen, indem sie auch die Löhne der weiblichen Arbeitskräfte noch weiter abbauen.

Das bisherige Versagen der Gewerkschaftsleitungen bewirkte also eine Erhöhung des Unterschiedes zwischen männlichen und weiblichen Arbeitslöhnen, und führte so zu einer Schwächung der proletarischen Abwehrkraft. Deshalb muß in der Mitgliedschaft der Gewerkschaften ein intensiver Kampf um die

Erhöhung der Frauenerbeitslöhne

einsetzen.

Der ADGB wird auch nicht eher die Aufstellung der Frauenfrage in Angriff nehmen, ehe nicht die weiblichen Gewerkschaftsmitglieder sie dazu zwingen. Gelingt es uns, die 1½ Millionen weiblicher Mitglieder der Gewerkschaften für ihre eigenen Lebensinteressen in Bewegung zu setzen, so haben wir einen gewaltigen Schritt vorwärts in der Organisation der Revolution getan.

Gegen den Abbau der Sozialpolitik

Für die Einheit der Kriegsoffer — mit den Arbeitern in den Gewerkschaften.

Am 27. und 28. Juni tagte in Köln die internationale Konferenz der Kriegsofferorganisationen. Sie fand im Zeichen eines Ausgangspunktes zu neuen, gemeinsamen internationalen Kämpfen gegen den Abbau und für den Ausbau der Versorgung und Fürsorge.

Von den Vertretern aus Frankreich, Belgien, Oesterreich, Deutschland und den besetzten Gebieten wurde festgestellt, daß die Regierungen fast aller am Kriege beteiligten Länder ihre Versprechen an die Frontsoldaten und deren Familien nicht eingelöst haben. Von den Kriegsoffizieren wird mit Berechtigung angenommen, daß das Wort vom „Lohn des Vaterlandes“ nur gegeben wurde, um sie zum Durchhalten auf dem blutgetränkten Boden der Schlachtfelder anzuspornen.

In fast allen Staaten hat in den letzten Jahren ein unerbittlicher Abbau eingesetzt. So wurden zum Beispiel in Oesterreich mehr als Zweidrittel, in Deutschland die Hälfte aller Kriegsbeschädigten ihrer Renten völlig beraubt. Diese sogenannten Leichtbeschädigten haben zum Teil recht schwere Beschädigungen erlitten (Skalpierung, künstliche Arterien, Verlust der Nieren, Entstellung des Gesichtes, die den Umgang mit Menschen erschweren).

Dieser bei den Kriegsoffizieren durchgeführte Rentenraub wirkt um so brutaler, als man dagegen andere Schichten, so zum Beispiel der schweren Industrie im Ruhrgebiet vollen Ersatz ihres erlittenen Schadens gab. Die Renten aller Mittel- und Schwerbeschädigten von 50-70 Prozent Erwerbsminderung wurde im Vergleich zu den während des Krieges gezahlten Rentenbeträgen ungeheuer herabgesetzt. So erhielt z. B. in Deutschland ein Unterschulekumpulierter mit 40 Prozent als Mindestsatz monatlich 60 Reichsmark, gegenwärtig nur 16,35 Reichsmark monatlich, der nichtvolle Satz nur 8,10 Reichsmark. Der von diesem Abbau Betroffene hat demnach von 60 Reichsmark monatlich 52 Reichsmark verloren.

In Oesterreich ist es dasselbe. Dort erhielt ein Beschädigter 1920 bei einer Erwerbsminderung von 35-45 Prozent nach Schweizer Währung 26,08 Franken, gegenwärtig nur noch 0,85 Franken.

In der Tschechoslowakei will man durch eine Gesetzesänderung den Abbau der Steuerzuschüsse um 30-50 Prozent durchführen.

In Ungarn, das seinen Kriegswaisen gegenwärtig monatlich 75 Pfennig an Renten zahlt, wird den Kriegsoffizieren die Abhaltung von öffentlichen Versammlungen verboten und ihre Organisation unterdrückt.

In anderen Ländern, wie Bulgarien, Tschechoslowakei, Estland, Jugoslawien und Griechenland ist die Lage der

Kriegsoffer geradezu verzweifelt, da ihnen zum Teil nicht der geringste Rechtsanspruch auf Versorgung gegeben worden ist.

Nach dem Haushaltsplane des deutschen Reiches für 1925 erhalten Kriegsbeschädigte durchschnittlich jährlich 300 Mark, die pensionierten Offiziere jedoch durchschnittlich 3600 Mark. Diese Beträge erhöhen sich nach der jetzt angenommenen Novelle zum Reichsversorgungsgesetz für die kriegsbeschädigten Soldaten im Durchschnitt um 50 Mk. jährlich, während für die pensionierten Offiziere eine durchschnittliche Erhöhung der Pensionen um etwa 1400 Mark pro Offizier geplant ist.

In Belgien erhalten ehemalige Soldaten, die in ihrer Erwerbsfähigkeit um 10 bis 20 Prozent geschädigt sind, die Hälfte des einem Generalleutnant zustehenden Betrages, in Deutschland und Oesterreich nichts. In Belgien gibt man dem Generalleutnant, der die Hälfte seiner Erwerbsfähigkeit verloren hat, nur das Doppelte, was dem in gleicher Lage befindlichen Soldaten zusteht, während der Offizier in Deutschland durchschnittlich das Zwölfwache des dem ehemaligen Soldaten zustehenden Betrages bekommt. Diese Tatsachen beweisen, daß nicht die Reparationslasten selbst die Ursache des Versorgungsabbaus in Deutschland und Oesterreich sind, sondern die ungleiche Verteilung der Lasten aus dem Genfer Vertrag und dem Dawespakt.

Zum ersten Mal wurde durch die Kölner Konferenz wirksam und international gegen den Abbau vor aller Öffentlichkeit protestiert. Der Verlauf der Konferenz hat weiter gezeigt, daß sehr viele wichtige Probleme der Kriegsofferbewegung international besprochen und behandelt werden können.

Die Kölner Konferenz hat den Kampf gegen den Abbau der Sozialpolitik, gegen die Einschränkung der Rechte und den Raub der Rente in internationalem Maßstabe auf die Tagesordnung gesetzt.

Der Appell der Kölner Konferenz an die Gewerkschaften hat nur insoweit ein Echo gefunden, als die Rote Gewerkschaftsinternationale an den Beratungen teilnahm, während die Amsterdamer Internationale und der ADGB ihr Fernbleiben entschuldigten.

Die gewaltige Sympathie, die die Kölner Konferenz in allen Ländern ausgedöhnt hat, ist das Bedeutsame an dem ersten Schritt der Kriegsoffer-Internationale, einen einheitlichen und geschlossenen Kampf international zu führen. Es ist Aufgabe der Arbeiter aller Länder und aller Arbeiterorganisationen, diesen Kampf zu unterstützen, denn jede Abbaumaßnahme der kapitalistischen Regierungen ist ein Teil der Kapitaloffensive und senkt das Lebensniveau der Arbeiterklasse.

Paragraph 218.

Gegen die Abtreibungsseuche

heißt der Kongreß, den die deutsche Ärzteschaft im September in Leipzig einberufen will. Also Proletenfrau, die Durchführung der Paragraphen 218/19 soll verschärft werden.

Eben ist man dabei, die Wochenhilfe abzubauen, sie zu schmälern. Auf den Rotschrei der Textilarbeiterinnen, die Schutz der Wöchnerin im Betrieb fordern, ist noch keine Antwort gegeben.

Es wird auf die lange Bank geschoben. Hölle sind wichtig, der Profit der Junker muß noch vor der Ernte eingebracht werden.

Die Teuerung kommt. Die Lebensmöglichkeiten des Säuglings, der im Mutter Schoß ruht, werden herabgeschraubt. Die Verschlechterung der Verhältnisse zwingen unzählige Schwän-



Schwangere Textilarbeiterin bei der Arbeit.

gere, noch härter zu arbeiten. Die verzweiste Frau, die am Webstuhl stehen muß, sich reckt und bückt, das Wärmden preßt, und vor Schmerzen nicht weiß, wie sie den Tag herumbringen soll, soll unbarmerzig gezwungen werden, Kinder zu gebären. Man will neue Wege finden, den Geburtenzwang zu verschärfen.

Die fatten Herren Doktoren, die berufen sind, den Markt des Kapitals an Arbeitskräften und Kanonensfutter auf dem Laufenden zu halten (das nennt man in anderen Worten Vertretung des Volkswohls, der Volksgesundheit), sehen sich in ihrer Mission bedrängt.

Vor kurzem haben sie in einer Konferenz in Berlin gegen den Abbau der Wochenhilfe einen sehr menschenfreundlichen

Standpunkt eingenommen. Wir wiesen aber auch damals schon darauf hin, daß diese Sorte nicht von Mitleid mit dem ausgepreßten Proletariat, sondern von den Forderungen des Kapitals geleitet wird. Jetzt beweisen sie, daß sie Bölle im Schatzspeis sind.

Auch sie wissen, daß die Lebensmöglichkeiten für den Säugling immer minimaler werden.

Nicht einmal eine Wohnung kann die Gesellschaft, die von der Proletenfrau Geburten fordert, ihr geben. Junge Eheleute, die meist selbst den Wunsch nach Kindern haben, drücken sich in den Wohnungen der Schwiegereltern herum. Manchmal wird solche kleine Proletenwohnung (von 2 Stuben und Küche) von drei Familien bewohnt. Jani und Ströti sind an der Tagesordnung. Wie stellen sich die Ärzte die Schwangerschaft die ja nach ihrer eigenen Empfehlung möglichst von Freude und allen möglichen sonnigen Anzuegenheiten umgeben sein soll, einer solchen zehnbeteten Mutter vor. Es ist sehr verständlich, daß sie unter solchen Bedingungen auf das leibliche Kind verzichten und diesen Wunsch verschieben bis auf den Tag, da das Wohnungsamt bei ihrer Nr. 105 374 angelangt ist. Ist sie wirklich gezwungen, ein Kind in die Welt zu setzen, so weiß sie buchstäblich nicht, wo sie es beiten soll. Wir kehren in der heutigen Gesellschaft so langsam zum Urchristentum zurück. Aber Jesu Geburt in Bethlehem war ein Paradies gegen die Geburt eines Proletenkindes in Deutschland.

In einer solchen Zeit sind Gelängnismaxern gerade recht, dies von der herrschenden Gesellschaft selbst verschuldete Uebel zu regulieren.

Die deutschen Ärzte, diese famosen Salaten der lautenden Bourgeoisie, wissen sehr gut, daß die kommende Teuerung, die unerhörte Steigerung der Mieten, der Abbau der Wochenhilfe einen Geburtenrückgang nach sich ziehen müssen. Darum sorgen sie vor

gegen die Abtreibungsseuche.

Sie setzen sich nicht ein

gegen die Teuerung, für den Ausbau der Wochenhilfe, für einen guten Wöchnerinnenschutz, für bessere Wohnungsverhältnisse, für bessere Lebensbedingungen,

die einzigen natürlichen Vorbedingungen gegen Abtreibungen.

Der Kapitalismus beginnt seine Meute zu treiben mit Hunger, schwerer Arbeit, brutaler Ausbeutung.

Die Ärzteschaft will nicht helfen, die gemarterten Leiber der Proletenfrauen zu heilen, sondern sie spielt sich als Richter als Kenner der gequälten Arbeiterin auf.

Auf eine solche Verhöhnung der Arbeiterfrau gehört eine entsprechende Antwort.

Rehmt im Reich Stellung dazu, antwortet mit Versammlungen, verbindet euch mit den indifferenten Frauen.

Unsere Forderung lautet

Fort mit dem Paragraphen 218.

Die Frau in der österreichischen Gewerkschaftsbewegung.

Die österreichischen Gewerkschaften veröffentlichen eine Statistik über den Anteil der Arbeiterinnen an der Gewerkschaftsbewegung. Danach haben von 57 Gewerkschaften 49 auch weibliche Mitglieder; von diesen weisen 14 eine sehr starke Beteiligung von Frauen auf. Sie haben alle mehr als die Hälfte weibliche Mitglieder. Bei 25 Organisationen bewegt sich der Anteil der Frauen zwischen 10 und 50 Prozent, und nur 10 Gewerkschaften weisen eine geringere Beteiligung der Arbeiterinnen als 10 Prozent auf. Wir rufen den österreichischen Arbeiterinnen zu: Vorwärts auf diesem Weg!

Arbeiterinnen! Erkämpft die Gewerkschaftseinheit!

Die Wohnungsfürsorge der Uera Hindenburg.

Zum Wohlwucher muß sich unbedingt der Mietwucher gesellen. Wenn die Industriellen und Kapitalisten riesenprofite schluden, kann der Hauspächter nicht unbeteiligt bleiben. So haben wir neben einer riesigen Verteuerung unsere Lebensweise noch mit einer Bewucherung durch die Hausbesitzer zu rechnen.

Aber einige ganz knappe Mitteilungen, von dem was kommt. Bis zum 1. April muß die Friedensmiete erreicht sein. Sagt der Steuerausschuß des Reichstages. Die Hausbesitzer sagen, am 1. April wollen wir 140 Prozent der Friedensmiete haben. Welche Summe die Mieter in Zukunft an Mieten aufzubringen haben, kann man sich ausrechnen, wenn man hört, was alles vom Mieter gezahlt werden soll. Es sind:

1. Die Betriebs- und Instandhaltungskosten.
2. Verzinsung der aufgewerteten Hypotheken.
3. Verzinsung des eigenen Kapitals des Hausbesitzer.
4. Die immerwährend steigende Mietzinssteuer.
5. (Durch sogenannte Zusatzmiete.) Die baulichen Veränderungen.

Was steht nun dem Mieter, der sich gegen die Ausbeutung der Hausbesitzer wehren will, bevor? Während bisher der Vermieter, wenn er die Mieter kündigen wollte, zum Amtsgericht gehen mußte und klagen, ist jetzt eine Novelle in Vorbereitung, die dem Vermieter ohne weiteres das Recht der Kündigung zuspricht. Der Mieter ist dann gezwungen beim Amtsgericht Einspruch zu erheben. Wenn man in Betracht zieht, daß die Richter, die vom Hausbesitzer gestellt werden, und die Richter, bei jedem Spruch der gefällt wird, die Mehrheit haben, und wenn man sieht, daß heute schon den meisten Anträgen auf Ermäßigung usw. stattgegeben wird, dann kann man sich ein Bild davon machen, wie wenig die Einsprüche der Mieter beim Amtsgericht Berücksichtigung finden werden.

Dazu kommt noch, daß die bisherige Verpflichtung auf Stellung eines Erfahrungsraumes in Zukunft fortfällt, so daß die Arbeiterfamilien mit ihren Kindern vollständig der Willkür der Hauszinswucherer preisgegeben sind.

Was tut nun die schwarzweilrote Schlieffen-Regierung, um den Wohnungsmangel, der die Ursache dieser Ausbeutungsversuche der Hausbesitzer ist, zu beseitigen. Sie hat im Reichstag eine Vorlage für Mietzinssteuer eingebracht. Sie begründet diese Mietzinssteuer damit, daß das Reich Geld zu Neubauten braucht.

Wir Kommunisten haben gegen die Mietzinssteuer gestimmt und zwar erstens, weil wir absolut nicht einsehen können, daß der Arbeiter die Wohnungen, in denen er leben muß, selbst bauen soll in einer Republik, in der die Ausbeuter riesenprofite schluden. — Zweitens, weil wir Kommunisten im Voraus wissen, daß die einkommenden Gelder doch niemals zum Bau von Arbeiterwohnungen verwendet werden.

Die Verhandlungen, die in den Ausschüssen und im Plenum stattfanden, haben uns wieder einmal Recht gegeben. Als wir Kommunisten nachdem die Mietzinssteuer gegen unsere Stimme angenommen war, einen Antrag einbrachten, der verlangte, daß die Gesamterträge der Steuer zu Neubauten verwendet werden sollen, wurde dieser Antrag mit den Stimmen der SPD. abgelehnt, und der Regierungsvorschlag, daß nur 15 Prozent der einkommenden Gelder für Neubauten ausgegeben werden sollen, angenommen.

Wie sieht nun die Lage der Wohnungsnot mit diesen 15 Prozent aus. — Es lebten nach statistischen Angaben in Deutschland 600 000 Wohnungen; der jährliche Bedarf ist 150 000 Wohnungen, dazu kommen 50 000 Wohnungen, die im vergangenen Jahr zu wenig gebaut sind. Wenn man die fehlenden 600 000 Wohnungen in sechs Jahren decken wollte, bliebe für das kommende Jahr ein Bedarf von 150 000 plus 50 000 plus 100 000 gleich 300 000.

Wenn man jetzt 15 Prozent der Mietzinssteuer für Neubauten verwenden will, so ergibt das, bei dem Vorschlag der Regierung, daß die Einnahmen aus der Steuer fünf Milliarden betragen werden, eine Summe von 750 Millionen, die für Neubauten zur Verfügung stehen.

Der Neubau einer Wohnung wird von der Regierung mit 10 000 Mark veranschlagt. Also hat man, trotzdem fünf Milliarden von der arbeitenden Bevölkerung an Mietzinssteuer aufgebracht werden, nur 750 Millionen für 75 000 Wohnungen zur Behebung der Wohnungsnot übrig. Also bleiben trotz der fürchterlichen Belastung der Bevölkerung durch die Mietzinssteuer auch im kommenden Jahre ein Defizit von 125 000 Wohnungen, so daß dem Mietwucher weiterhin Tür und Tor geöffnet ist.

Die Mieter werden sich zu überlegen haben, ob sie diesen Zuständen weiter ruhig zusehen wollen oder aber, ob sie sich fester in die Mieterorganisation zusammenschließen wollen und gestützt auf die Gewerkschaften, die man dazu auffordern muß, den Kampf gegen den Retter Hindenburg und seine Wohnungsfürsorge aufnehmen wollen.

Das Leben Lenins im Ausland.

Von R. Krupstaja.

(Fortsetzung.)

Dann kam wieder eine Zeit, wo wir in Wahlversammlungen gingen, wozu auch die Arbeiter samt ihren Kindern, die nicht allein zu Hause bleiben konnten, kamen. Wir hörten uns die Redner an, wir beobachteten, was die Menge anzieht und elektrisiert, wie ekstent und an der mächtigen Gestalt des Schmieds, der dem Redner begeistert jubelte, und an der schwächlichen Gestalt seines Knaben, der sich an den Vater schmiegt und so wie dieser, den Redner mit den Augen verfolgte. Wir hörten uns die Reden des sozialistischen Abgeordneten vor einer Arbeiter-Audienz an, und gingen nachher auf die Versammlungen der Intellektuellen, wo derselbe Abgeordnete die großen und blutigen Gedanken, von denen die Arbeiter erbeben, gleichsam verblasen ließ und sie mit einer harter Überflucht, die der kleinen Bourgeoisie bediente — er mußte ja möglichst viel Stimmen einsaugen. Von einer Versammlung zurückkehrend, trällerte Wladimir auch das Liedchen Montaus über den sozialistischen Abgeordneten.

In London gingen wir oft in den Hyde-Park und hörten den Straßenrednern zu. Der eine sprach über Gott, der andere über die schweren Lebensverhältnisse der Handelsangestellten, ein dritter über die Gartenstädte. Wir wanderten auch nach Whitechapel, in das jüdische Viertel Londons, machten dort die Bekanntschaft russischer Matrosen, armer und armer jüdischer Familien, lauschten ihren Sehnsüchten und verzweiflungsvollen Klagen.

Wladimir Mißch hatte eine große Menschenliebe. Er stellte sich zwar nicht die Photographien seiner Lieben auf den

Schreibtisch, wie es jemand kürzlich schildert hat, aber er liebte die Menschen leidenschaftlich. So liebte er z. B. Plechanow. In der Entwicklung von B. N. hat Plechanow eine bedeutende Rolle gespielt, er hat ihm geholfen, den richtigen revolutionären Weg zu finden. Daher war Plechanow in seinen Augen lange Zeit von einem Glorienschein umgeben. Selbst die kleinste Meinungsverschiedenheit mit Plechanow empfand B. N. äußerst schmerzlich. Selbst nach der Spaltung der Partei lauschte er aufmerksam allem, was Plechanow sprach. Mit welcher Freude wiederholte er die Worte Plechanows: „Ich will nicht als Opportunist sterben.“ Selbst im Jahre 1914, nach Ausbruch des Krieges, war Lenin auf äußerste erregt, als er in Lausanne Plechanow in einer Versammlung entgegenzutreten sollte: „Wie ist es möglich, daß er nicht beitrete?“ sagte er einmal über andere.

Die jungen Genossen, die jetzt unsere Parteigeschichte studieren, geben sich wahrscheinlich keine Rechenschaft darüber, was die Spaltung mit den Plechanows im Grunde genommen bedeutet hat.

Wladimir Mißch war nicht nur Plechanow zugehörig, sondern auch Vera Zassulisch und Axelrod. Am ersten Abend meiner Ankunft in München sagte mir B. N.: „Du wirst Vera Iwanowna kennen lernen, sie ist ein Mensch mit kristallischer reiner Seele.“ Auch Axelrod war für ihn lange Zeit mit einem Glorienschein umgeben.

Doch seine weichsten Gefühle zu den einzelnen Menschen haben niemals den politischen Standpunkt Wladimir Mißch's beeinflusst. Wie groß die Liebe auch war, die er Plechanow oder Martow entgegenbrachte, er hat doch mit ihnen politisch gebrochen. Er tat es mit Rücksicht auf die Sache.

(Schluß folgt.)